

Beschlussempfehlung

Ausschuss für Finanzen und Immobilienmanagement + Personal;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

04.03.2009	BVV	BVV/22/VI	überwiesen
17.03.2009	OrdVerk	OrdVer/47/VI	vertagt
28.04.2009	OrdVerk	OrdVer/49/VI	vertagt
12.05.2009	OrdVerk	OrdVer/50/VI	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
28.05.2009	FilmPe	FilmPe/77/VI	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
17.06.2009	BVV	BVV/25/VI	

Betreff: Parkraumbewirtschaftung

Die BVV möge beschließen:

Die BVV möge beschließen,

das Bezirksamt wird ersucht, die notwendigen Schritte einzuleiten, um für die Gebiete des Ortsteils Prenzlauer Berg mit dem größten Parkdruck eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

Das Bewirtschaftungsgebiet wird im Westen und Süden durch die Bezirksgrenze zum Bezirk Mitte, im Osten durch die Greifswalder Straße und im Norden durch den S-Bahnring begrenzt.

Die Gebiete zwischen Greifswalder Straße, Straße am Friedrichshain/Kniprodestraße und S-Bahnring sowie die Gebiete Humanplatz (im Norden bis zur Wisbyer Straße) und Arnimplatz (im Norden bis zur Ibsenstraße/Stavanger Straße) werden auf mögliche Verdrängungseffekte des ruhenden Verkehrs hin untersucht.

In einem Teilbereich zwischen der Bezirksgrenze zu Mitte im Westen und Süden, dem S-Bahnring im Norden und der Prenzlauer Allee im Osten wird die Parkraumzone bis 24 Uhr, im restlichen Gebiet bis 22 Uhr bewirtschaftet.

Die Wirtschaftspläne der Parkraumbewirtschaftung werden finanziell und personell gegenüber dem Bezirkshaushalt abgeschottet.

Der Ausschuss für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz ist regelmäßig zu informieren, insbesondere über den Stand der Wirtschaftsplanung.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz:	12 (ja), 3 (nein), 0 (Enthaltungen)
Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Finanzen, Immobilienmanagement und Personal:	11 (ja), 3 (nein), 0 (Enthaltungen)

Berlin, den 10.06.2009

Einreicher: Ausschuss für Finanzen und Immobilienmanagement + Personal
gez. Cornelius Bechtler
Ausschussvorsitzender

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- _____ EINSTIMMIG
- _____ MEHRHEITLICH
- _____ JA
- _____ NEIN
- _____ ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

Begründung:

Begründung des Antrages:

Auf Antrag der SPD hatte das Bezirksamt Pankow im Jahre 2008 eine Studie über Probleme des ruhenden Verkehrs im Ortsteil Prenzlauer Berg in Auftrag gegeben, um eine sachliche Basis für eine mögliche Entscheidung über die Neuordnung des Ruhendenverkehrs zu gewinnen. Ziel dieser Studie war es, die tatsächliche Größe des ruhenden Verkehrs zu bestimmen, mögliche Effekte von Maßnahmen zur Ordnung des ruhenden Verkehrs für die Anwohner und Gewerbetreibenden in den untersuchten Gebieten aufzuzeigen, sowie darzustellen, welche Kosten auf diese Gruppe zukommen würden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie unterstreichen in vollem Umfang die Notwendigkeit, zügig Maßnahmen zur Reduzierung des Parkdrucks und des parkraumsuchenden Pkw-Verkehrs zu treffen, und empfehlen die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im oben genannten Gebiet als besonders geeignete und für den Bezirk kostenneutrale Maßnahme.

Mit Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den genannten Gebieten

- sollen die Bewohner wieder eine echte Chance auf einen legalen Parkplatz in der Nähe bekommen: die Auslastung der Parkplätze von jetzt deutlich über 100 % wird laut Gutachten auf 80 90 % absinken;
- sollen der Parkraum-Suchverkehr und damit die Belastung der dort wohnenden Menschen durch Lärm und Abgase erheblich zurück gehen: Gäste werden vermehrt per ÖPNV kommen;
- sollen die langparkenden Berufspendler, die heute tagsüber noch rund 30% der Stellplätze benötigen, eher auf den ÖPNV ausweichen und ihre Autos daheim lassen;
- wird der Bezirk die Kosten für die Überwachung des ruhenden Verkehrs laut Gutachten und der Beantwortung der Kleinen Anfrage VI-0414 decken können mit der Folge, dass
- das illegale Parken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen beendet werden kann.

Die Bewohner können Parkausweise zu moderaten Kosten erwerben; das Gutachten nennt die Gebühr von nicht einmal einem Euro pro Monat. Gewerbetreibende, auswärtige Gäste der Anwohner oder gesundheitlich eingeschränkte Personen erhalten Ausnahmegenehmigungen. Die Anderen haben einen Parkschein zu lösen, wenn sie ihr Auto im Gebiet abstellen wollen – so wie in vielen anderen Stadtquartieren Berlins.

Begründung der Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz erläuterte in seiner Stellungnahme dem federführenden Ausschuss für Finanzen, Immobilienmanagement und Personal die verkehrliche Notwendigkeit der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Gebiete des Ortsteils Prenzlauer Berg mit dem größten Parkdruck. Er empfiehlt hierbei aus verkehrlicher Sicht die Annahme des geänderten Antragstextes (siehe Beschlussempfehlung des Ausschusses für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz).

Das Bezirksamt erläuterte dem Finanzausschuss den aktuellen Stand bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans der Parkraumüberwachung des Bezirks Pankow.

Hierbei wurden die Annahmen aus der Parkraumstudie von LK Argus sowie eigene Kostenansätze zugrundegelegt, die auf aktuellen Recherchen beruhen. Seit dem Beschluss des Verkehrsausschusses am 28.04.2009 werden dabei die notwendigen Informationen eingeholt und damit die Voraussetzungen geschaffen, um nach einem positiven Votum der BVV mit den entsprechenden Ausschreibungen zu beginnen. Grundsätzliche Überlegungen werden derzeit z.B. darüber angestellt, ob die Parkscheinautomaten geleast oder gekauft werden können und welche Entscheidung über die Zeitdauer die wirtschaftlichere Variante ist. Bis zur Entscheidung der BVV soll ein Entwurf eines Wirtschaftsplans vorgelegt werden, der bei einem konservativen Ansatz von Einnahme- und Ausgabepositionen ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis erreicht.

Der Wirtschaftsplan der Parkraumüberwachung - einem positiven Votum der BVV vorausgesetzt - ist Teil des Haushaltsplans und wird gemeinsam mit dem Bezirkshaushalt beschlossen. Ein Votum für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung greift dieser Entscheidung nicht vor. Die Beschlussempfehlung sieht vor, dass der Wirtschaftsplan gegenüber dem Bezirkshaushalt finanziell und personell abgeschottet wird.

Der Finanzausschuss ergänzte einstimmig die Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses und empfiehlt der BVV darüberhinaus, dass das Bezirksamt den für Verkehr zuständigen Ausschuss über den aktuellen Stand der Wirtschaftsplanung regelmäßig informiert. Der Finanzausschuss empfiehlt der BVV, der somit ergänzten Beschlussempfehlung zuzustimmen.